

Bernd Riexinger

System Change



Plädoyer für einen linken Green New Deal –
Wie wir den Kampf für eine sozial-
und klimagerechte Zukunft
gewinnen können

VSA:

Eine Flugschrift

Bernd Riexinger
System Change

Bernd Riexinger, MdB, ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE.
2018 erschien im VSA: Verlag sein Buch »Neue Klassenpolitik.
Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen«.

Bernd Riexinger

System Change

**Plädoyer für einen linken Green New Deal –
Wie wir den Kampf für eine sozial-
und klimagerechte Zukunft
gewinnen können**

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag Hamburg 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
ISBN 978-3-96488-067-3

Inhalt

Vorwort	7
Kapitel 1: Umbrüche unserer Zeit	9
Ausgangssituation	9
Neue Herausforderungen für die Linke	16
Sozial-ökologischer Systemwechsel	28
Kapitel 2: Ein linker Green New Deal	35
Am Gemeinwohl ausgerichtet: Infrastruktursozialismus	35
Sinnvolle Arbeit, die zum Leben passt – Löhne, die zum Leben reichen	42
Demokratischer Sozialstaat und soziale Infrastruktur	48
Sozial-ökologische Mobilitätswende als Einstiegsprojekt	55
Wirtschaftsdemokratie und Transformation der Industrie ...	61
Krisenbekämpfung: die Verursacher müssen zahlen	74
Übersicht: Konvergenzen einer Politik des System Change	86
Kapitel 3: Die Macht der Vielen – oder: Wie wir gewinnen können	89
Mächtige Gegner	89
Verbindende Klassenpolitik	95
Neue Bündnisse: mehr als die Summe der Teile	98
Die Systemfrage stellen! Aber wie?	100
Müssen wir regieren?	103
Es geht nicht um Spiegelstriche	105

Kapitel 4: Eine verbindende und organisierende Mitgliederpartei aufbauen	109
Gegenhegemonie	109
Partei ergreifen für einen Systemwechsel	112
Die Mühen der Ebene	114
Aufklären und informieren	128
Fazit: Die Verhältnisse ins Wanken bringen	131
Literatur	135

Vorwort

Viele Menschen wissen oder spüren zumindest, dass es ein »Weiter so« nicht geben kann. Zu offensichtlich sind die Krisen der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise – bei Weitem nicht erst seit dem Ausbruch der neuen Pandemie. Die ökonomischen und sozialen Krisen verschränken sich mit der lebensbedrohenden Klimakrise, wachsenden militärischen Konflikten und Kriegsgefahren. Verschiedene soziale, ökologische und demokratische Bewegungen sind entstanden, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden wollen.

Menschen auf der ganzen Welt sind auf der Suche nach Alternativen. Sie wollen nicht an den Symptomen herumdoktern, sondern an den Ursachen ansetzen. Nicht zufällig heißt es in der Klimaschutzbewegung »System Change not Climate Change«. Mit diesem Buch unterbreiten wir Vorschläge, wie ein Systemwechsel politisch auf den Weg gebracht werden kann. Vor allem auch, wie die Interessen vieler Beschäftigter und ihrer Gewerkschaften für ordentliche Löhne, soziale Sicherheit sowie gute Arbeitsbedingungen mit einem radikalen Klimaschutz in Einklang gebracht werden können, statt beides gegeneinander auszuspielen.

Wir benennen die mächtigen Gegner eines grundlegenden Systemwechsels, eines linken Green New Deal – die Konzerne, die (Super-)Reichen und ihre politischen Verbündeten – und machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Es gibt aber auch Hoffnung auf Veränderung, wenn wir es schaffen, neue Bündnisse zu schmieden und gemeinsam für ein neues gesellschaftliches Projekt zu kämpfen. Darauf verweisen unterschiedliche progressive Bewegungen, Organisationen, Gewerkschaften und linke Parteien auf der ganzen Welt, die in ähnliche Richtungen denken und mobilisieren. Es reifen auch international die Bedingungen für ein linkes Fortschrittsprojekt.

Um es zu befördern, brauchen wir eine handlungsfähige Linke – groß- und kleingeschrieben. Eine Linke, die mit den gesell-

schaftlichen Bewegungen verbunden ist und einen politischen und organisatorischen Beitrag für den sozial-ökologischen Systemwechsel leisten kann. Wir haben deshalb unser Konzept für einen linken Green New Deal verbunden mit Vorschlägen für konkrete praktische Einstiegsprojekte und für eine lebendige und handlungsfähige Partei DIE LINKE. Damit wollen wir zu einer vielschichtigen, lebendigen politischen Praxis anregen und Menschen innerhalb wie außerhalb der LINKEN Hoffnung machen, dass wir die Auseinandersetzung um eine bessere Zukunft gewinnen können.

Ich habe bewusst in der Wir-Form geschrieben. Dieses Buch ist in einem engen Arbeitsprozess mit Lia Becker, Katharina Dahme und Christina Kaindl entstanden. Ohne ihre Anregungen, Verbesserungsvorschläge und vor allem ohne die zahlreichen Diskussionen hätte es nicht geschrieben werden können. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

Bedanken möchte ich mich auch bei Ruben Lehnert und Martin Günther für ihre aufmerksamen und wichtigen Hinweise beim Durchlesen des Textes und bei Richard Detje für das Lektorieren des Buches. Es ist dadurch eindeutig besser geworden.

Stuttgart, Juli 2020

Bernd Riexinger

Kapitel 1: Umbrüche unserer Zeit

Ausgangssituation

Ein neues Jahrzehnt hat begonnen, und wir stehen an einem historischen Wendepunkt. Lange schon schwelen verschiedene Krisen des Kapitalismus: Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, Klimawandel, Grenzen des Wachstums, soziale Ungleichheit, Zusammenbruch der öffentlichen Daseinsvorsorge und das Gefühl von vielen, dass die Gesellschaft nicht mehr zusammenhält. Corona hat diese Vielfachkrise des Kapitalismus verschärft und zugespitzt. In zahlreichen Ländern kam das öffentliche Leben im Lockdown zum Erliegen. Das hat dramatische Folgen für die Volkswirtschaften, die vor dieser neuen Weltwirtschaftskrise bereits stagnierten.

Die Bundesregierung und die Europäische Union haben ein Bündel von Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht, um der Krise entgegenzuwirken. Dabei wurden langjährige Mythen, wie die über die vermeintlichen »Selbstheilungskräfte« des Marktes und die zwingende Notwendigkeit des Verzichts auf staatliche Neuverschuldung (»schwarze Null«), zumindest vorübergehend über Bord geworfen. Der Staat kann innerhalb kürzester Zeit gewaltige Summen mobilisieren, nachdem jahrzehntelang notwendige Investitionen in die Gesundheitsversorgung, Bildung, den sozialen Wohnungsbau oder für armutsfeste Sozialsysteme verweigert wurden.

Corona-Krise als Problemverschärfer

Die Politik der Haushaltskürzungen und Ausgabenzurückhaltung hat Verwüstungen im Zentrum des öffentlichen Lebens angerichtet. Die Orte sind bekannt: Schulen, in denen der Kalk von der Decke rieselt und die Toiletten verkommen, Kindertages-

stätten mit langen Wartelisten, überfüllte Hochschulen, Krankenhäuser und Altenpflegestätten, in denen seit Jahren massiver Pflegenotstand herrscht. Stationen oder Krankenhäuser werden geschlossen, weil sie keinen Profit abwerfen, der Mietwohnungsmarkt wird der Spekulation überlassen und das öffentliche Verkehrssystem ist zu einem Thema öffentlichen Ärgernisses geworden. Diese Missstände prägen den Alltag von Millionen Menschen.

Anders als in der Finanzkrise wurde während der Corona-Pandemie sichtbar, dass Beschäftigtengruppen für das individuelle und gesellschaftliche Leben unerlässlich sind, deren Arbeit meist schlecht bezahlt wird und deren Arbeitsbedingungen prekär sind: Pfleger*innen und Reinigungspersonal, Beschäftigte im Lebensmitteleinzelhandel, in der Postzustellung und Logistik und viele andere mehr. Praktisch über Nacht wurden sie zum »Garant[en] der kritischen Infrastruktur«, so Sighard Neckel (2020). »Unterbezahlte Kassiererinnen, die kürzlich noch wegen Pfandbons von ein paar Euros fristlos gekündigt werden konnten, bekommen plötzlich allorts gesellschaftliche Anerkennung ausgesprochen.« Neckel umreißt, was eine linke Alternative sein muss und LINKEs Programm ist: »Prekär Beschäftigte wie Zusteller und Lagerarbeiter sichern die Versorgung auch der Wohlhabenden. Bedienstete wie Polizisten, Pflegekräfte oder kommunale Angestellte halten Grundfunktionen aufrecht, für die sich die Märkte nur als kostengünstige Mitnahmeeffekte interessieren.

Damit sollte Schluss sein. Ja, wir brauchen eine Art Infrastruktursozialismus, der nicht nur die elementaren Funktionen als hochwertige öffentliche Güter betreibt. Ja, wir brauchen eine Umwertung der ökonomischen Werte. Die Nützlichkeit und Unverzichtbarkeit gesellschaftlicher Leistungen muss in der Staffe- lung von Erträgen vorrangig sein. Wir können ziemlich sicher auf etliche Consultants und Derivatehändler verzichten, aber auf keine einzige Pflegekraft im Krankenhaus. Daher brauchen wir nicht nur ganz andere Mindestlöhne, sondern vor allem verbindliche Regelungen für Maximaleinkommen.« Doch die Hoffnung,

dass sich das nach Corona in kräftigen Lohnerhöhungen niederschlagen würde, ist enttäuscht worden.

Die Regierung belässt es beim Beifall klatschen. Millionen Beschäftigte, die mit mageren Löhnen kaum über die Runden kommen, gehen bei den großzügigen Wirtschaftshilfen leer aus. Dabei wird immer wieder betont, dass die Nachfrage gestärkt werden soll. Einige der einfachsten Mittel dazu wären, staatliche Unternehmensförderung an Tarifbindung zu koppeln, Flächentarifverträge einzuführen und den Mindestlohn kräftig zu erhöhen. Damit würde vielen Beschäftigten wirklich geholfen. Für Erwerbslose und Hartz-IV-Bezieher*innen war von vornherein nichts vorgesehen. Mit Armut und Ausgrenzung findet sich die Bundesregierung offenbar ab.

Das 130 Mrd. Euro schwere Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das im Juni 2020 auf den Weg gebracht wurde, soll vor allem die Marktführerschaft der deutschen Industrie sichern. Was hingegen in die öffentliche Infrastruktur fließt, soll lediglich Corona-Löcher stopfen helfen. Der Investitionsstau der letzten Jahrzehnte wird damit nicht ansatzweise beseitigt. Mehr noch: Die Lufthansa allein bekommt doppelt so viel Geld, wie der Corona-Kinder-Bonus für die Familien insgesamt kostet. Dem Konzern werden dabei nicht einmal Auflagen im Hinblick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen oder beim Klimaschutz gemacht. Hauptaktionär Heinz Hermann Thiele, einer der reichsten Männer der Welt, wurde so die Entscheidung überlassen, ob er mehr Geld mit einer Insolvenz oder mit der Annahme des Rettungspakets verdienen möchte. Lohnverzicht und Abbau von über 20.000 Stellen wurden nicht infrage gestellt. Die Regierung hielt sich raus.

Es geht beim Konjunkturprogramm in erster Linie um kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung, verbunden mit einer ohnehin anstehenden Modernisierung des Kapitalismus. Die Exportorientierung der Industrie bleibt unangetastet. Damit ist die deutsche Wirtschaft weiterhin darauf angewiesen, dass andere Staaten Schulden machen, um Waren und Dienstleistungen von in Deutschland ansässigen Unternehmen zu kaufen, darunter auch

Elektroautos. Einen grundlegenden Richtungswechsel, einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, befördert die Große Koalition nicht.

Der Kapitalismus ist auf Wachstum der Profite angewiesen. Doch in einer Welt endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme mündet das in Katastrophen. Die Ausbeutung der Naturressourcen und die Belastung der Umwelt hält der Planet Erde nicht aus. Der Kapitalismus stößt an die Grenzen der natürlichen Ressourcen und an die Grenzen seines Modells der Verwertung. Grundlegende Änderungen der Wirtschafts- und Lebensform werden zur Überlebensfrage. Nicht nur die Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gehen, wissen, dass wir nicht so weitermachen können.

Klimakrise: die größte Herausforderung für die Menschheit

Der Klimawandel zerstört die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Am stärksten betroffen sind die ärmeren Teile der Weltbevölkerung im globalen Süden. Langanhaltende Hitze im Sommer und Dürreperioden schwächen aber auch die Landwirtschaft im Norden. Die bisher angekündigten Maßnahmen der Regierungen der Welt bleiben dramatisch hinter den Erfordernissen zurück. Sie werden die Erderwärmung nicht auf 1,5 bis 2 Grad begrenzen können.

Wird nicht radikal umgesteuert, ist dies das Todesurteil für die Menschen, deren Zuhause geflutet und deren Ernten entweder vertrocknen oder überschwemmt werden. Hunger, Not und Kriege um Ressourcen werden folgen. Nach Einschätzung des Weltklimarates IPCC bleiben uns nur noch etwa 15 Jahre Zeit. Die Bedrohung durch den Klimawandel wird in den nächsten Jahren mehr und mehr die wirtschaftliche Entwicklung erfassen. Versicherungskonzerne und Unternehmensberater rechnen mit Billionen Verlusten in den kommenden Jahrzehnten. Ihr Blick gilt dabei aber weniger den betroffenen Menschen als ihren Aktionären und Klienten.

Die USA, Australien und Brasilien bremsen am stärksten die Maßnahmen zum Klimaschutz. Es handelt sich nicht zufällig um

Länder, die von rechten Präsidenten regiert werden. Aber auch Deutschland verfehlt seine Klimaziele deutlich. Der bis 2038 geplante Kohleausstieg kommt zu spät. Der Ausbau der regenerativen Energieträger ist wenig ambitioniert, der Ausbau der Windenergie sogar weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Existenz der gesamten Branche ist unklar. Das 2019 auf den Weg gebrachte Klimapakete bringt zwar einige wenige Fortschritte, aber es reicht nach Überzeugung der Klimaforschung nicht, um eine Trendumkehr einzuleiten.

Umweltverbände warnen, dass die Klimakrise in der Zeit der Pandemie in den Hintergrund gedrängt wird. Die Unsummen, die in die Wirtschaft gepumpt werden, wirken wie Sprit, der den Motor am Laufen halten soll, während das Auto weiter in die falsche Richtung fährt. Durchaus wörtlich: Zwar konnten eine Abwrackprämie und die Förderung von spritschluckenden Limousinen abgewendet werden, aber es fließen weiter über 20 Mrd. Euro an direkten und indirekten Subventionen in die Autoindustrie.

Mit der Elektromotorisierung stehen wir am Beginn eines massiven Umbaus in der Automobilindustrie und der mit ihr verbundenen Branchen. Neue Technologien und Produktionsmodelle werden erhebliche Folgen für Arbeitsplätze, Entlohnung und Qualifizierung auch in den Dienstleistungsbranchen haben. Die meisten Lohnabhängigen wissen, dass sich etwas verändern muss, gleichzeitig haben sie Angst um ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft.

Das Bild ist immer das gleiche: Kriselt »die Wirtschaft«, leiden zuerst diejenigen in der Gesellschaft, die keine Rücklagen bilden können und deren Arbeitsplätze auf den Abschusslisten stehen. Geht es »der Wirtschaft« hingegen gut, profitieren davon längst nicht alle. Auf Kosten des Klimas geht es wiederum immer. Es sei denn, wir schaffen es, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Weltunordnung

Wirtschafts- und Klimakrise bergen zu allem Überfluss auch neue Kriegsgefahren. Manche sprechen bereits von einem unaufhaltsamen Niedergang des Westens und sehen in China und Indien die

zukünftigen wirtschaftlichen Großmächte. Wir erfahren nahezu täglich, dass »der Westen« und dessen Führungsnation USA das nicht hinnehmen werden.

Die Kämpfe um Führung und Herrschaft können im internationalen Kontext schnell in heiße Kriege umschlagen. Die Hegemonialmacht USA ist bis an die Zähne bewaffnet. Ihr Militäretat von mehr als 700 Milliarden Dollar ist höher als die Etats der im Ranking nachfolgenden 10 Staaten zusammen, fast dreimal höher als der von China, mehr als elfmal so hoch wie der von Russland.

Die militärische Aufstellung der USA richtet sich zunehmend gegen China, etwa mit der Stationierung von Raketenabwehrstellungen in Südkorea. Der INF-Vertrag mit Russland wurde gekündigt. Regionale Kriege im Nahen Osten (unter Beteiligung von NATO-Staaten) und Konflikte wie beispielsweise zwischen Indien und Pakistan oder im südchinesischen Meer haben zugenommen. Trump verstärkt die militärische und wirtschaftliche Konfrontation. Auch die VR China rüstet auf, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Der von den USA angezettelte Handelskrieg ist ein Vorbote verschärfter Konflikte.

Deutschland und die EU haben entlang dieser Konfliktlinien eigene Interessen. Die EU muss befürchten, dass sie an Einfluss verliert. Sie reagiert mit Aufrüstungsplänen, verstärkt die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU und treibt den Aufbau einer europäischen Interventionsarmee voran. Auch Deutschland rüstet auf. Um das innerhalb der NATO vereinbarte Ziel zu erreichen, dass zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Militärausgaben verwendet werden, ist es erforderlich, den Rüstungsetat annähernd zu verdoppeln. In diesem Kontext fordert Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die »Interventionsfähigkeit« der Bundeswehr für Militäreinsätze in anderen Ländern auszubauen.

Ein Teil der herrschenden politischen Kräfte bereitet sich zudem darauf vor, dass vor dem Hintergrund der Klimakrise die Verteilungsauseinandersetzungen um die knapper werdenden Ressourcen zunehmen. Ihre Mittel sind nicht die Schaffung ei-

ner klimagerechten Weltwirtschaft, sondern der Bau von Mauern, bewehrt mit Stacheldraht und Militär.

Den Status quo infrage stellen

Widersprüche und Krisen fordern dazu auf, die richtigen Fragen zu stellen: Warum gelten Banken und Autokonzerne immer als systemrelevant, während der Pflegenotstand jahrelang ignoriert werden konnte? Warum sind in tiefen Wirtschaftskrisen gigantische Investitionsprogramme das Gebot der Stunde, während jahrelang mit Blick auf die »schwarze Null« Investitionen in Klimaschutz, Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen und öffentliche Infrastruktur verwehrt wurden? Wenn mit horrenden Beträgen eingegriffen wird, warum nicht gebunden an soziale und ökologische Ziele? Wie kann es sein, dass Konzerne staatliche Zuschüsse bekommen und gleichzeitig Dividenden an die Anteilseigner auszahlen? Wie können wir die Demokratie gegen die rechten Hetzer verteidigen, die das Auseinanderdriften der Gesellschaft nutzen und befördern? Wie können wir die Demokratie auf die Wirtschaft ausdehnen, angesichts von toxischer Ungleichheit, Konzentration von Reichtum, wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einer kleinen Zahl von Superreichen, Konzernchefs und Politiker*innen?

Es gibt keinen Grund, warum die Staaten Großkonzernen, Banken und Immobilienbesitzern ihre Risiken abnehmen und sich dafür wiederum bei den Banken verschulden, während Millionen von prekär Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verlieren oder mit 60 Prozent Kurzarbeitergeld über die Runden kommen müssen.

Für Zeiten gesellschaftlicher Krisen sieht das Grundgesetz eine Vermögensabgabe vor. Würde sie gezielt auf hohe Vermögen erhoben, könnte sie einen großen Teil der Kreditaufnahme ersetzen. Mit dem Gegenteil ist zu rechnen. Die Kräfte und Parteien an der Macht stellen das bestehende Wirtschaftsmodell nicht infrage. In der Krise versuchen sie eher, sich mit hoher Geschwindigkeit neu zu orientieren, um Verluste zu begrenzen, Chancen auf kurzfristige Profite, für neue Geschäftsmodelle oder Raubzüge in

Form finanzieller Spekulationen zu nutzen. Werden Reiche und Vermögende nicht stärker und damit gerechter besteuert, wird es große Kampfkraft und Gegenwehr der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften brauchen, um zu verhindern, dass die Kosten der Krise auf Lohnabhängige, Erwerbslose und Rentner*innen abgewälzt werden.

Neue Herausforderungen für die Linke

Wie werden Erfahrungen, Ängste und Erwartungen, die Menschen in der Krise bewegen, politisch verarbeitet? Das Krisenmanagement der Regierung hat CDU/CSU gestärkt, während die Zeit der SPD als Volkspartei vorüber zu sein scheint. Wenn die Stabilisierung der Wirtschaft die Klimakrise als wichtigstes Thema ablöst, schwächt das die Grünen und stärkt die CDU. Auch FDP und AfD schneiden in den Wählerumfragen schwächer ab, wobei sich die AfD weiter nach rechts radikalisiert hat.

DIE LINKE behauptet sich in einer Zeit, in der Krisenmanager und die politische Exekutive im Rampenlicht stehen. Sie ist stabil und doch in ständiger Veränderung und Erneuerung. DIE LINKE ist eine Partei in Bewegung und immer mehr auch eine organisierende Partei. Besonders im Westen ist sie jünger geworden und hat neue Mitglieder und Wähler*innen hinzugewonnen. In Europa hat sie verglichen mit anderen Parteien links von der Sozialdemokratie die meisten Mitglieder. Das ist eine gute Voraussetzung für die nächste Etappe linker Politik und für die Weiterentwicklung der Partei, um in den Kämpfen der kommenden Zeit eine verbindende, organisierende Rolle zu spielen.

Wenn die Gesellschaft im Umbruch ist, hat die Linke die Aufgabe, ein gesellschaftliches Projekt auf den Weg zu bringen, das sich gegen einen autoritären Kapitalismus wehrt und sich mit »greenwashing«, d.h. mit einer grünen Modernisierung des Kapitalismus, nicht zufrieden gibt. Sie muss die Kämpfe um Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden miteinander verbinden.